

E-Mail-Newsletter

Nr. 186, 8. August 2014

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Wenn die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland weiter steige, so Thomas Strobl, CDU-Chef von Baden-Württemberg laut Stuttgarter Zeitung, seien daran die Grünen schuld. Andere Konservative reden von „Blockadepolitik“ seitens derjenigen, die sich die Aushebelung des Grundrechts auf Asyl für Antragssteller/innen aus den Balkanstaaten auch nicht für die Aufhebung der sog. Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang oder gar die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes verkaufen lassen wollen. Der Ton in der Asyldebatte ist wieder rauher geworden. Seit Italien tausende Flüchtlinge aus dem Mittelmeer vor dem Ertrinken rettet, ist an den rechten Rändern des politischen und medialen Diskurses das Boot schon wieder ziemlich voll. Es wird wieder vornehmlich über Zahlen diskutiert und nicht über Menschen und deren Rechte. Der Flüchtlingsrat ruft deshalb zusammen mit dem Freiburger Forum „Aktiv gegen Ausgrenzung“ zur Kundgebung „Roma haben kein sicheres Herkunftsland“ am 13. September nach Stuttgart auf. Weitere Informationen zur Debatte über das „Sichere Herkunftsländer“-Gesetz findet sie in dem Artikel auf S.2

An dieser Stelle möchten wir Sie erneut auf die **flüchtlingspolitische Herbsttagung in der Ev. Akademie Bad Herrenalb** hinweisen. Vom 19. bis 21. September stehen dort „Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und seine Umsetzung“ im Mittelpunkt von Vorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen.

Mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

"Inakzeptable Lage" in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA)

Nur vage Aussicht auf zusätzliche Standorte für die Erstaufnahme von Flüchtlingen

28.07.2014 Nicht erst seit der einwöchigen Schließung der LEA in Karlsruhe Anfang Juli wegen eines Masernfalls ist die dortige Situation mehr als problematisch. Seit Monaten sind die LEA und deren Außenstellen aufgrund der gestiegenen Zugangszahlen chronisch überbelegt. Der Karlsruher SPD-Vorsitzende Marvi forderte laut Südwest Presse die grünrote Landesregierung kürzlich auf, "der Verantwortung für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge" nachzukommen. Das Integrationsministerium arbeitet zwar "mit Nachdruck" an der Suche nach weiteren Standorten, das Finanzministerium scheint den Bedarf nach raschen Lösungen aber nicht recht unterstützen zu wollen. Als einzige absehbare Option für eine zweite LEA in Baden-Württemberg erscheint daher aktuell eine derzeit noch bewohnte Polizeischule in Freiburg - Eröffnung als LEA frühestens Mitte 2015.

21.07.2014 Schwäbisches Tagblatt: [„Humanitäre Bedingungen bereiten Sorgen. Die Landeserstaufnahmestelle für Asylbewerber in Karlsruhe ist rappellvoll. Die Kritik an der humanitären Situation auf dem Gelände nimmt zu.“](#)

28.07.2014 Stuttgarter Zeitung: [„Zweite Anlaufstelle für Flüchtlinge in Sicht. Das Land vermag mit der weiter steigenden Zahl von Asylbewerbern kaum mehr Schritt zu halten“](#)

Engpass bei Annahme von Asylanträgen von Neuankommenden

Wegen Überlastung werden Asylbegehrende schon vor der Asylantragstellung in Landkreise verteilt

In den letzten Wochen ist die Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Karlsruhe mehrfach in die Schlagzeilen gekommen. Auf Grund des Ausbruchs der Masern in der LEA und ihrer maßlosen Überfüllung ist die Situation vor Ort sehr kritisch. Deswegen werden Asylsuchende nun teilweise schon vor der Stellung ihres Asylantrages beim BAMF in die Stadt- und Landkreise verteilt. Das geht aus einem Erlass des Integrationsministeriums hervor. Die Asylsuchenden bekommen vor ihrer Verteilung den Termin für die Asylantragstellung mitgeteilt. Dieser ist nach spätestens zwei Wochen. Da die Asylbewerber in dieser Zeit kein Ausweisdokument besitzen, sollen die Kreise auf der „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“ (BÜMA) den Ort der vorläufigen Unterbringung sowie den Tag des Einzuges vermerken sowie abstempeln.

Kreise bekommen immer mehr Schwierigkeiten bei der Unterbringung

Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Neuzugänge von Asylsuchenden auf über 13.000 in Baden-Württemberg gestiegen war, beläuft sich die neueste Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge für dieses Jahr auf rund 23.000 Personen. Die Stadt- und Landkreise klagen, dass sie keine neuen Unterkünfte mehr finden könnten. Der Landkreistag forderte deswegen ein Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann ein. Dieser sagte den Kreisen am Rande einer Veranstaltung des Landkreistags weitere Hilfen zu. Es solle nach neuen Standorten für die Erstaufnahme gesucht und die Mittel für die Unterbringung in den Kreisen sollen aufgestockt werden. Die Kreise forderten eine Erhöhung der Pauschale sowie auch baurechtliche Änderungen, um in Zukunft wieder leichter in Industriegebieten unterbringen zu können.

18.06.2014 Südwest Presse: ["Kommunen finden keine Unterkünfte. Schon heute haben viele Kommunen in Baden-Württemberg Probleme, die deutlich steigende Zahl von Flüchtlingen unterzubringen. Nach einer neuen Prognose wird die Situation noch schwieriger."](#)

11.07.2014 SWR: [„Kretschmann macht Landkreisen Hoffnung“](#)

Main-Tauber-Kreis beschlagnahmt Kaserne für Flüchtlingsunterbringung

Eine Unterbringung von Asylsuchenden in (ehemaligen) Kasernen hat mehr als ein "Gschmäcke". Doch selbst Kasernen sind manchen Kommunen zu gut für Asylsuchende. In Schwetzingen im Rhein-Neckar-Kreis wurden bereits im vergangenen Jahr Container auf dem Parkplatz einer ehemaligen US-Kaserne aufgestellt, weil in der Kaserne selbst - das nennt sich Konversion - aufstrebende Unternehmen und schicke Wohnungen Platz nehmen wollten. So ähnlich sollte es in Tauberbischofsheim auch laufen. Für die dortige leerstehende Kaserne waren bereits die Ansiedlung von Betrieben und die Einrichtung von Luxuswohnungen in der Planung. Der Landrat (*"wir stehen mit dem Rücken zur Wand"*) wollte jedoch nicht akzeptieren, dass die Stadt Tauberbischofsheim für die Unterbringung von Asylsuchenden keinen Platz in dieser Kaserne mit Südwestlage bereitstellen wollte. Weil andernorts im Kreis keine geeigneten Objekte gefunden werden konnten, ließ er deswegen Ende Juli einen Teil der Kaserne nach § 33 Polizeigesetz beschlagnahmen. Ein bisher einmaliger Vorgang im Land. Die Stadt nahm die Beschlagnahme, die aber nur maximal zwei Jahre dauern kann, schließlich hin. [Weiterlesen ...](#)

Mehr Berichte über die Unterbringungssituation in den Kreisen [hier](#)

Streit über Asylrechtsverschärfung auch im Landtag

SPD will "Sichere Herkunftsstaaten"-Gesetz zustimmen, Grüne weiter dagegen, CDU drängt auf Zustimmung. Entscheidung im Bundesrat voraussichtlich im September

Nachdem die Zustimmung des Bundesrats zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Erklärung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als "sichere Herkunftsstaaten" wegen der Nicht-Zustimmung von Bundesländern, in denen Grüne und Linke mitregieren, vertagt werden musste, macht die CDU nun in diesen Bundesländern Druck auf die Grünen. Auf Bundesebene wurde ein "unmoralisches Angebot" (taz) gemacht: Die CDU erklärte sich bereit, der Aufhebung der sog. Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang zuzustimmen, wenn die Grünen beim "Roma-Gesetz" mitmachen. Auf Landesebene werden gute (Syrier) und böse (Roma) Flüchtlinge gegeneinander gestellt und es wird auf die Zustimmung zu diesem Gesetz wegen der derzeitigen Schwierigkeiten der Aufnahmebehörden bei der Unterbringung von Flüchtlingen gedrängt. Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hält den Gesetzentwurf für vertretbar und bewegt sich damit auf der Linie ihrer Partei. Bis Ende August soll ausverhandelt sein. Am 19. September steht das Gesetz im Bundesrat wieder auf der Tagesordnung. Presseberichte und Hintergrund-Dokumente... [Weiterlesen ...](#)

Kultusministerium erhöht Zahl der Vorbereitungsklassen

Das baden-württembergische Kultusministerium erhöht angesichts wachsender Flüchtlingszahlen die Zahl der Vorbereitungsklassen. So werden im nächsten Schuljahr beispielweise in Stuttgart doppelt so viele internationale Vorbereitungsklassen eingerichtet wie noch im letzten Schuljahr. Ziel dieser Klassen ist es, den Kinder und Jugendlichen einen Einstieg in die regulären Klassen zu erleichtern.

- 17.07.2014 Stuttgarter Zeitung ["Stuttgart verdoppelt Klassen für Zuwanderer"](#)

- 23.07.2014 PM Kultusministerium ["Ministerium stellt kurzfristig 200 zusätzliche Deputate für Vorbereitungsklassen zur Verfügung"](#)

Immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) im Land

Vor allem nach Baden-Württemberg reisen seit einigen Monaten immer mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) ein. Im Jahr 2013 wurden 408 neue UMF in Baden-Württemberg verzeichnet (2012: 271). Im Gegensatz zu den Asylsuchenden werden die UMF aber nicht flächendeckend auf die Kreise verteilt, sondern sie müssen nach Jugendhilferecht in dem Kreis in Obhut genommen werden, wo sie sich anmelden oder aufgegriffen werden. So kamen allein in Freiburg im ersten Halbjahr dieses Jahres 87 UMF an. Etwa knapp die Hälfte der UMF stellt einen Asylantrag. Nach kurzem Aufenthalt in der LEA werden diese in die zuständige Jugendhilfeeinrichtung verbracht. Die Chancen auf Anerkennung im Asylverfahren sind bei UMF weitaus geringer als bei Erwachsenen. Weil UMF vor allem in größeren Städten entlang des Rheins ankommen, verlangen die Städte und Kreise nun, dass die UMF genau wie die Asylsuchenden auf Baden-Württemberg verteilt werden sollen. Das Land plant eine entsprechende Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. UMF, die Asylanträge stellen, sollen auch auf die Aufnahmequote der Kreise angerechnet werden. [Weiterlesen ...](#)

- 30.07.2014 Die Zeit: ["Asylpolitik. Endstation für Flüchtlingskinder"](#)

- Link zum [Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge](#)

In aller Kürze:

- Aktuelle verwaltungsgerichtliche Asylrechtsprechung in Baden-Württemberg: Überstellung nach Italien; keine Überstellung nach Ungarn wegen Gefahr unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung; Flüchtlingsanerkennung für serbischen Rom: <http://fluechtlingsrat-bw.de/asylrechtsprechung.html>

- 06.06.2014 Südkurier: [„Asylkreis Radolfzell setzt sich für Roma-Familien ein. In einem offenen Brief protestiert der Freundeskreis Asyl Radolfzell gegen die Methoden, wie Roma-Familien abgeschoben wurden.“](#)

- 02.07.2014 [Bericht: Abschiebungen aus Deutschland von Flüchtlingen mit Zugehörigkeit zur Roma-Minderheit nach Mazedonien](#). Recherchereise des deutschen Journalisten Jürgen Weber nach Mazedonien (PDF)

- 07.07.2014 Stuttgarter Zeitung: [„Das sind Menschen, keine Akten“](#) Kritischer Artikel über das Regierungspräsidium Karlsruhe und dessen Praxis bei der Verhängung von Arbeitsverboten für Geduldete

- 17.07.2014 Südwestpresse (dpa): [„Main-Tauber-Kreis. Mehr Sprachkurse und Bargeld für die Flüchtlinge“](#)

- 29.07.2014 [Bericht vom Konzert mit Heinz Ratz](#) und der Band Strom&Wasser von und mit den Flüchtlingsfrauen in Tübingen

- 02.08.2014 [Auffangklassen an Berufsschulen?](#) An der Tübinger Mathilde Weber Schule wurde auf Initiative von Marena Sunten vom Freundeskreis Asyl Mössingen eine Auffangklasse für jugendliche Flüchtlinge über 16 Jahre eingerichtet. Dies geschah erst auf Intervention durch das Kultusministerium. Bis dahin hätten die Tübinger Behörden behauptet, für über 16-jährige bestünde keine Schulpflicht mehr. In anderen Städten gibt es bereits derartige Auffangklassen. Eine flächendeckende und mit pädagogischem Konzept ausgestattete Zuführung von jugendlichen Flüchtlingen, wie in Bayern in Modellprojekten praktiziert, gibt es in Baden-Württemberg allerdings nicht. Zum Bericht von Frau Sunten...

- 04.08.2014 [„Flüchtlingsfrauengruppe auf Floßtour quer durch Deutschland: Zwischenbilanz“](#)

- 04.08.2014 Stuttgarter Nachrichten: [Diakone unterstützen Flüchtlinge. Die Diakonie Württemberg steckt zusätzliches Geld und Personal in die Flüchtlingsarbeit.](#)

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Weiterer Anstieg der Asylantragszahlen

Laut Asylgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden im ersten Halbjahr 2014 67.441 Asylerstanträge gestellt (2013: 43.016). Die Zahl der Asylfolgeanträge stieg im gleichen Zeitraum auf 5.508 (2013: 9.668). Das Bundesamt hörte 26.803 (24% mehr als im Vorjahr). Insgesamt 60.467 Erst- und Folgeanträge wurden im bisherigen Jahr entschieden (2013: 31.191). Die Gesamtschutzquote für alle Herkunftsländer im 1. Hj. 2014 ist 26,6 % (2013: 24,9%). Die Zahl der anhängigen Verfahren lag Ende Juni bei 112.873 Verfahren (2013: 67.583). Die drei stärksten Herkunftsländer im 1. Hj. 2014 sind: Syrien (12.077 Erstanträge, +167,4 %), Serbien (6.278 Erstanträge, +134,1 %), Afghanistan (4.219 Erstanträge, +22,4 %). Im Vergleich zu 2013 gibt es Zuwächse bei allen 10 stärksten Herkunftsländern, insbesondere Eritrea. Noch größer als die Zahl der Ablehnungen (19.690) ist erneut die Zahl der „sonstigen Verfahrenserledigungen“ (24.713), insbesondere Dublin-Verfahren, über deren Details der Bericht des BAMF ansonsten wenig Auskünfte enthält. 25,5% aller Entscheidungen über Asylanträge sind Dublin-Entscheidungen.

Zahlen für Baden-Württemberg liegen aktuell (uns) nicht vor.

- 18.07.2014 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: [Asylgeschäftsstatistik 06/2014 \(PDF\)](#)

- 24.07.2014 Badische Zeitung: ["Asyl – das Thema war vorübergehend sehr weit weg. Vor 20 Jahren war die Zahl der Asylsuchenden schon einmal hoch / Eine Verfassungsänderung bürdete die Aufgaben anderen auf."](#)

Weltweit über 50 Millionen Flüchtlinge

Laut dem UNHCR-Jahresbericht "Global Trends 2013" ist die Zahl der weltweit auf der Flucht befindlichen Menschen erstmals nach dem 2. Weltkrieg auf über 50 Millionen gestiegen. Im Jahr 2013 zählte der UNCHR 51,2 Millionen Flüchtlinge, über 6 Millionen mehr als noch im Jahr davor. Der Anstieg wurde ausgelöst durch die (Bürger-)Kriege in Syrien und in Zentralafrika. Nach wie vor sind ca. drei Viertel aller Flüchtlinge Binnenvertriebene (33,3 Millionen). Nur ein Viertel aller Flüchtlinge hat das Herkunftsland verlassen (11,7 Millionen). Lediglich 1,1 Mio. aller Flüchtlinge konnten irgendwo einen Asylantrag stellen, davon 64.000 syrische Staatsbürger und 25.300 unbegleitete Minderjährige. Über 80% aller Flüchtlinge befinden sich in der sog. Dritten Welt. Über die Hälfte aller Flüchtlinge sind Frauen und Kinder.

- 20.06.2014 UNHCR: ["Global Trends 2013" \(PDF\)](#)

- 18.06.2014 Presseerklärung PRO ASYL: ["Weltflüchtlingstag: PRO ASYL fordert Rettungsprogramm und Solidarmechanismus für Bootsflüchtlinge"](#)

- 20.06.2014 Taz: [„Einer von 50 Millionen“](#)

- 30.06.2014 tagesschau.de: ["Niemand sollte sich daran gewöhnen. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen hat Bundespräsident Joachim Gauck mit deutlichen Worten mehr Engagement für Zufluchtsuchende in Europa gefordert."](#)

- 05.07.2014 Südkurier: [„Laut Unicef 6,6 Millionen syrische Kinder auf Hilfe angewiesen“](#)

Aufnahme von weiteren syrischen Flüchtlingen

Bundesländer können 7.000 Plätze beanspruchen - Antragsstellung in Baden-Württemberg nicht möglich

Durch Beschluss der Innenministerkonferenz vom 12. Juni 2014 nimmt Deutschland weitere 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlingen aus Syrien, dessen Anrainerstaaten sowie Ägypten und Libyen auf. Von den 10.000 Plätzen werden 7.000 über die Bundesländer ausgewählt, weitere 3.000 sollen vorrangig vom UNHCR ausgewählte Schutzbedürftige sein. Die Kriterien für die Aufnahme entsprechen denen des vorangegangenen Bundesprogramms. Laut Auskunft des baden-württembergischen Innenministeriums können keine neuen Anträge gestellt werden, sondern es werden weitere, bereits gestellte Anträge bearbeitet. Es wird empfohlen, dass die Ausländerbehörden gemeldete Fälle, die noch keine Aufnahmezusage erhalten haben, nochmals melden und gegenüber dem BAMF darum bitten, diesen Fall jetzt zu berücksichtigen. AntragstellerInnen sollten die Ausländerbehörde um eine erneute Meldung beim BAMF bitten.

- 18.07.2014 [Anordnung des Bundesministeriums des Inneren zur vorübergehenden Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien und Anrainerstaaten Syriens sowie Ägypten und Libyen](#)

Weitere Informationen erhalten Sie über die Homepage von [ProAsyl](#). [Weiterlesen ...](#)

-

Asylbewerberleistungsgesetz überarbeitet

Bundesministerium für Arbeit und Soziales legt Referentenentwurf zur Gesetzesänderung vor

Bis auf Weiteres ist wohl kein Ende des Asylbewerberleistungsgesetzes in Sicht - das BMAS legte über zwei Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts einen Referentenentwurf vor. Im Entwurf werden lediglich die zwingenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Wesentliche Inhalte wie Sachleistungsvorrang, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, Möglichkeiten zur Kürzung der Leistungen nach § 1a AsylbLG werden laut Entwurf auch weiterhin bestehen bleiben. Einzig Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25. Abs. 5 AufenthG sollen nicht mehr unter den AsylbLG-Bezug fallen.

- 04.06.2014 [Bundesministerium für Arbeit und Soziales Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgesetzes.](#)

- 16.06.2014 GGUA Flüchtlingshilfe [Versuch einer Positionierung zum AsylbLG-Entwurf](#)

- 22.07.2014 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ["Gesundheitliche Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz"](#)

- 30.07.2014 Schwäbisches Tagblatt Tübingen ["Flüchtlingsrat fordert Krankenversicherten-Karte für alle"](#)

EUGH erklärt Abschiebehaft in Strafanstalten für unzulässig

Mit seinem Urteil vom 17. Juli 2014 erklärte der Europäische Gerichtshof (Luxemburg) die Inhaftierung von Abschiebegefangenen in Anstalten, in denen auch Strafgefangene inhaftiert sind, für rechtswidrig. Damit ist auch die

jahrelang in Baden-Württemberg in Mannheim und im Frauengefängnis Schwäbisch Gmünd praktizierte Form der Abschiebehaft nicht mehr durchführbar. Laut Informationen aus dem Innenministerium kooperiert das Land Baden-Württemberg vorläufig mit Rheinland-Pfalz und dort im dortigen Abschiebegefängnis Ingelheim Abzuschiebende unterbringen.

- 17.07.2014: PRO ASYL: "[Urteil des Europäischen Gerichtshofs: Abschiebungsgefangene umgehend freilassen! Seit Jahren vollziehen die meisten Bundesländer Abschiebungshaft auf rechtswidrige Art und Weise: Asylsuchende, die nichts verbochen haben, werden in regulären Gefängnissen inhaftiert, wo sie spürbare Nachteile einer Strafhaft erleiden. Nach zwei heutigen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs steht diese Praxis vor dem Aus. ...](#)"

- 17.07.2014 Pressemitteilung Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: "[EuGH beendet jahrelange rechtswidrige Abschiebehaftpraxis. Flüchtlingsrat fordert sofortige Freilassung aller Abschiebehaftlinge, die in Justizvollzugsanstalten untergebracht sind.](#)"

- 25.07.2014 PRO ASYL: "[Nach EuGH und BGH-Urteil: Ende der Abschiebungshaft oder neues Inhaftierungsprogramm? Binnen weniger Tage ist die deutsche Abschiebungshaftpraxis nahezu vollständig für rechtswidrig erklärt worden. Bedeutet dies das Ende der Inhaftierung von Flüchtlingen? Ein Gesetzentwurf aus dem Innenministerium sieht das Gegenteil vor.](#)"

Jugendliche ohne Grenzen: Mein Zeugnis für Merkel!

„Mit der Aktion „Mein Zeugnis für Merkel“ wollen wir jungen Flüchtlinge erreichen, dass jede und jeder von uns, die/der die Schule besucht oder einen Schulabschluss hat, in Deutschland ein dauerhaftes Bleiberecht erhält. Das Ziel ist es möglichst viele Kopien von Zeugnissen von Flüchtlingen an die Bundeskanzlerin Angela Merkel zu schicken und zu sagen: Hier ist mein Zeugnis bitte schicken Sie mir eine Aufenthaltserlaubnis zurück. Denn nur wenn wir ohne Angst leben, können wir einen guten Beruf erlernen und das Beste aus unserem Leben machen. **Also mach mit und sende uns dein Zeugnis zu! Sag es deinen Freunden weiter und lass uns zusammen für ein besseres Leben kämpfen!...**“ Und so gehts! [Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze / Infos und Materialien:

08.07.2014 tagesschau.de: [„Wieviel Solidarität ist nötig?“](#) Die EU-Innenminister debattieren die gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik.

09.07.2014 Spiegel Online: [„Rom rettet, Berlin blockiert“](#) (EU-Innenministertreffen)

- 09.07.2014 Taz: [„Amnesty-Bericht zu Asyl in Europa“](#): Zwei Milliarden Euro für die Festung. Die EU gibt dreimal so viel Geld für die Abschottung an den Grenzen aus wie für die Verbesserung von Asylverfahren. Amnesty kritisiert das als „makaber“.

- 28.07.2014 Rheinland-Pfalz setzt Abschiebungen nach Afghanistan aus. Aufgrund eines neuen Lageberichts des Auswärtigen Amts, der eine tendenzielle Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan feststellt, setzt Rheinland-Pfalz am 28. Juli Abschiebungen nach Afghanistan gemäß § 60a, Abs. 1 AufenthG bis zum 27. Januar 2015 aus.

- 01.08.2014 Frankfurter Rundschau: [„Sichere Herkunftsländer. Roma dürfen Pässe haben. Im Streit über „sichere Herkunftsländer“ kommt ein mazedonisches Urteil ins Spiel. Das mazedonische Verfassungsgericht erklärt einen Teil des mazedonischen Passgesetzes für verfassungs- und menschenrechtswidrig.“](#)

- 02.08.2014 Spiegel online: [„Syrische Flüchtlinge in der Türkei: Fluch der guten Tat. Jahrelang nahm die Türkei Flüchtlinge aus Syrien auf, knapp eineinhalb Millionen. Weltweit wurde das Land dafür gelobt. Doch immer öfter schlägt die Gastfreundschaft nun in Feindseligkeit um.“](#)

- 06.08.2014 PRO ASYL: ["Famakonisi: Wie der Tod von elf Bootsflüchtlingen vertuscht wird. Im Januar starben acht Kinder und drei Frauen im Schlepptau der griechischen Küstenwache. Nun wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt."](#)

Handreichung "Flucht & Asyl - Ein Thema im Klassenzimmer"

Der sächsische Flüchtlingsrat e.V. hat eine empfehlenswerte Handreichung zum Thema „Flucht & Asyl – Ein Thema im Klassenzimmer“ herausgegeben. In der Broschüre werden Handlungsschritte und Möglichkeiten aufgezeigt, wie man das Thema Flucht und Asyl in Bildungseinrichtungen thematisieren kann. Die Handreichung bietet viele Tipps sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis bezüglich Materialien, die verwendet werden können.

Juli 2014 Sächsischer Flüchtlingsrat: [Handreichung "Flucht & Asyl - Ein Thema im Klassenzimmer" \(PDF\)](#)

Ariadne Medien: AusländerRecht 2014

Der besonders nützliche Begleiter für die Asyларbeit. Auf dem jetzt gültigen Stand - mit allen neuen Bestimmungen. In diesem Band aus der Reihe jus it! finden sich alle für die Flüchtlings- und Migrationsarbeit relevanten Gesetze. Das schlanke Format der Reihe passt in jede Tasche. Ein praktisches Griffregister erleichtert das schnelle Auffinden der Gesetze. Zusätzliche Hinweise, Tabellen und Übersichten, ein Stichwortregister und nicht zuletzt die kompetente Einführung durch den bekannten Asyl-Anwalt Hubert Heinhold machen den Band zu einem besonders nützlichen

Begleiter. 584 S., € 11,50, Bestell-Nr.: 000-444, Bestellung: Per E-Mail an: bestellservice@ariadne.de - per Telefon: +49 (0)721 – 46 47 29 0 - per Fax +49 (0)721 – 46 47 29 0 99 - Internet: www.Ariadne.de

PRO ASYL (Hg.) (05/2014): **Gemeinsam gegen Rassismus. Tag des Flüchtlings 2014.** 56 Seiten. Mit zahlreichen Artikeln zu allen relevanten Themenbereich der Flüchtlingspolitik in Deutschland. Die Broschüre erschien auch als Rundbrief 03/2014 des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Als Druckexemplar beim Flüchtlingsrat BW vergriffen (Bestellmöglichkeit bei Pro Asyl). [PDF](#)

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Così fan tutte. Opernprojekt mit syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen

Mehr als neun Millionen Menschen sind laut UN-Flüchtlingskommissariat auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Meist unter traumatischen Umständen. Seit Mai 2014 bietet die Stiftung Heimat geben einer Gruppe von Verfolgten ein Zuhause im ehemaligen Franziskanerinnenkloster Oggelsbeuren im Landkreis Biberach. Syrische Moslems, einem menschenverachtenden Krieg entflohen, in einer beschaulichen Dorfgemeinde Oberschwabens - wie aufeinander zugehen? Mit einem richtungsweisenden Opernprojekt setzt sich der Verein Zuflucht Kultur für das Gelingen dieser Begegnung ein. Gemeinsam erarbeiten professionelle Künstler, Bürger und Flüchtlinge die Mozartoper "Così fan tutte" für die Bühne. Die Inszenierung richtet sich an ein breites Publikum und wird zu folgenden Terminen aufgeführt:

Freitag, 29.08.14, Festhalle Aßmannshardt, 18:00 Uhr (Vorpremiere)

Sonntag, 5.10.14, Theaterhaus Stuttgart, 19:30 Uhr (Premiere)

Freitag, 31.10.14, Stadthalle Biberach, 19:30 Uhr

Sonntag, 2.11.14, Gasteig München, Carl-Orff-Saal, 19:30 Uhr

Dienstag, 4.11.14, Theater Rüsselsheim, 19:30 Uhr

Samstag, 27.12.14, Stadthalle Balingen, 19:30 Uhr

Sonntag, 28.12.14, Roxy Ulm, 19:30 Uhr

Februar 2015, Radialsystem Berlin

Weiter Infos unter www.zufluchtkultur.de

05. – 07. September 2014, Frankfurt/Main

Kirchenasyl-Netzwerkkonferenz: Schutz – Raum – Kirche

20 Jahre BAG Asyl in der Kirche – 30 Jahre Kirchenasylbewegung in Deutschland

Den Flyer zur Konferenz finden Sie [hier](#)

Veranstalter: BAG Asyl in der Kirche

Sa, 13.09.2014, 12 Uhr, Schloßplatz Stuttgart

Roma haben kein "sicheres Herkunftsland"

Kundgebung vor dem Landtag von Baden-Württemberg, (voraussichtlich) Schloßplatz mit Redebeiträgen, Musik, Aktionstheater und Übergabe eines Appells an die Landesregierung von Baden-Württemberg. (Vorläufiger) [Aufruf als PDF Weiterlesen ...](#)

- **Appell an die Landesregierung von Baden-Württemberg: Keine Zustimmung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zu „sicheren Herkunftsstaaten“** als PDF-Dokument

- **Online unterzeichnen** (Nur Initiativen, Vereine, Organisationen – bitte keine Einzelpersonen...)

19. - 21. September 2014, Evangelische Akademie Bad Herrenalb

Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und seine Umsetzung

Tagung in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Das Programm ist in Kürze auf www.fluechtlingsrat-bw.de eingestellt. Link zur [Evangelischen Akademie](#) (Programm und Anmeldemöglichkeit)

21. - 27. September 2014 **Interkulturelle Woche: "Offene Gesellschaft. Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern"** Das Programm und die Möglichkeit zur Bestellung von Informationsmaterialien gibt es hier:

www.interkulturellewoche.de

11.10.14 Tagung, Evangelisches Gemeindehaus, Roter Dill 11, 72501 Gammertingen

"We shall overcome!"

Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge

Sa, 22. November 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12

Tagung und Plenum des Flüchtlingsrats

Schwerpunktthema: Europa.

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str.. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski. Mitarbeit: Laura Gudd, Marisa Raiser

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Informationen / E-Mail-News"

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de